

Es gilt das gesprochene Wort.

Offizieller Festakt zum 175-Jahr-Jubiläum

Prof. Dr. Urs Würgler, Rektor

Wissen schafft Wert

Sehr geehrte Frau Nationalratspräsidentin,
sehr geehrte Frau Grossratspräsidentin,
sehr geehrter Herr Regierungspräsident,
sehr geehrte Mitglieder des Regierungsrats – es ehrt uns, dass der Regierungsrat in corpore anwesend ist ,
sehr geehrter Herr Stadtpräsident,
sehr geehrte Gäste aus Politik, Wirtschaft, Universität und Verwaltung,
hochverehrte Festgemeinde.

Es ist mir eine Ehre und eine grosse Freude, Sie zum heutigen Festakt des 175-Jahr-Jubiläums unserer Universität hier im Berner Münster begrüssen zu dürfen.

Die Universität Bern jubiliert regelmässig im Abstand von jeweils 25 Jahren. Heuer feiern wir ein sogenannt «kleines Jubiläum», und wir tun das bewusst in relativ bescheidenem Rahmen. Wir interpretieren unser Zusammenkommen im Münster als Zeichen dafür, dass das Gedeihen dieser Universität allen, die sich hier eingefunden haben, ein Anliegen ist. Die Universität nimmt ihr 175-jähriges Bestehen zum Anlass, sich der Bevölkerung des Kantons zu präsentieren und ihre Türen zu öffnen. Sie zeigt Ausschnitte und einige Ergebnisse aus ihrer Arbeit und wir hoffen, unsere Begeisterung für die Wissenschaft mit ihnen teilen zu können.

Wenn die Universität ihr Jubiläum unter das Motto «Wissen schafft Wert» gestellt hat, dann darum, weil sie in Erinnerung rufen will, dass sie durch ihre nationale und internationale Ausstrahlung einen zentralen Standort- und Erfolgsfaktor und auch eine Werbepattform für Stadt und Kanton darstellt. Die Universität ist kein in sich geschlossenes System, sondern Teil unseres Alltags: sie hat Angehörige, die aus allen Bevölkerungsschichten kommen, und was sie hervorbringt, mit anderen zusammen schafft, erforscht und lehrt, fliesst in alle Ecken und Winkel des Lebens. Sie gibt ihr

Wissen an die Studierenden weiter, die es in ihr Arbeitsleben und ihre Aktivitäten mitnehmen, und über Forschung und Dienstleistungen gibt sie es auch der Gesellschaft.

Rückblick

Ein Rückblick auf die Geschichte unserer Universität lehrt uns, dass der «Grundstein» der Universität Bern schon 1528 mit der Gründung der «Hohen Schule» im alten Barfüsserkloster gelegt wurde. Da jedoch ein 481 Jahre-Jubiläum üblicherweise nicht gefeiert wird, und die Universität im Gegensatz zur Hohen Schule nicht nur Pfarrer ausbildet, zählen wir 306 Jahre zur Vorgeschichte unserer Universität.

1805 organisierte die Regierung Berns das höhere Schulwesen neu und baute die Theologenschule zu einer Akademie mit vier Fakultäten aus. Jetzt konnten neben Pfarrern auch Juristen, Mediziner und Veterinäre ihre Ausbildung vollständig in Bern absolvieren. Die philosophische Fakultät sollte die Grundausbildung für das weitere Studium an den drei sog. «höheren» Fakultäten gewährleisten.

1831 musste das patrizische Regime Berns einer liberalen Regierung weichen. Deren Bedürfnis nach einer loyal gesinnten Beamtenschaft und akademischen Elite kam man 1834 mit dem Ausbau der Akademie zur Universität nach. Der Grosse Rat trieb deren Gründung unglaublich rasch voran, um ein politisch wichtiges Zeichen zu setzen: Vom 4. März an behandelte er – neben anderen Geschäften – auch das «Gesetz über das höhere Gymnasium und die Hochschule» und bereits 10 Tage später verabschiedete er es. Die gute finanzielle Ausstattung der Universität provozierte bisige Kommentare aus Zürich – welches seine Universität im Jahr zuvor eingerichtet hatte: Da die Berner Professoren besser entlohnt waren als die Zürcher, hiess es, Bern locke die Schafe der Armen auf seine fettere Weide. In Anbetracht der heutigen Situation ist man vielleicht doch eher geneigt, von einer Magerwiese zu sprechen: 1834 betreuten 45 Dozenten insgesamt 166 Schweizer und einen ausländischen Studenten. Die Betreuungsverhältnisse waren indes traumhaft und hätten jede heutige Vorgabe übertroffen.

Das Gesetz enthielt Grundsätze, die noch immer zu den Elementarien einer Universität gehören. Es postulierte u.a. «unbedingte Lehrfreiheit» und «die gänzliche Beweglichkeit in der Verteilung der Disziplinen»: Nicht mehr ganz den Anforderungen der Zeit entspricht wohl die Umschreibung des Amtes des Rektors: «Er hat im allgemeinen die Reglemente der Hochschule, im besonderen die einzelnen Aufträge des Erziehungsdepartements zu vollziehen. Er führt die Aufsicht über die Sittlichkeit der Studierenden und legt mit Beziehung der Dekane der vier Fakultäten und mit Vorbehalt des Rekurses an das Erziehungsdepartement allfällige Streitigkeiten bei.» Die Vorbildungsbedingungen für ein Studium waren anfänglich recht gering. Der Zustand der vorbereitenden Schulen bewog auch Jeremias Gotthelf dem Grossen Rat 1836 eine Eingabe zu unterbreiten, in der er u.a.

zu bedenken gab: «Was nützt dem Lande die Hochschule, wenn dem Landmann durch Errichtung der nötigen Voranstalten die Vorbildung zu derselben nicht erleichtert, möglich gemacht wird? Ohne tüchtige, sittliche und wissenschaftliche Vorbildung werden auf ihr mehr Jünglinge zugrunde gehen als Nutzen von ihr ziehen.»

Nach unruhigen Zeiten in Folge der grossen politischen Auseinandersetzungen entwickelte sich die Universität in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in geordneteren Bahnen. Dank vielen Studienwilligen aus Deutschland und Russland wuchs die Zahl der Studierenden. Russische Studentinnen schlugen um 1870 eine Bresche für die Frauen an der Universität.

1903 wechselte die Universität ihren Standort und zog von der Altstadt in das neue Hauptgebäude auf der Grossen Schanze. Drei Persönlichkeiten verkörpern in besonderem Mass die kreative Phase, die in diesen Jahren einsetzte. 1908 wurde dem Physiker Albert Einstein die *venia docendi* für theoretische Physik erteilt. Während drei Semestern lehrte er in Bern. 1909 wurde Anna Turewicz die erste Professorin Berns und die erste nach dem üblichen Verfahren berufene Dozentin Europas, die Doktoranden und Habilitanden prüfen durfte. Im gleichen Jahr erhielt der Chirurgieprofessor Theodor Kocher den Nobelpreis «für seine Arbeiten über Physiologie, Pathologie und Chirurgie der Schilddrüse».

Die erste Universitätsordnung galt 120 Jahre lang. 1954 verhalf ein neues Gesetz der Universität dann zu einem zeitgemässeren Rahmen. Mit den Forderungen nach der «Ausschöpfung der Bildungsreserven» und einem Ausbau des akademischen und technischen Bildungssektors wurde politisch eine Wachstumsphase eingeläutet. Bis 1968 wuchs die Anzahl Studierender auf gegen 5000. Diese Situation stellte Politik und Universitäten vor neuartige Probleme und führte dazu, dass die eidgenössische Bildungspolitik eine zusehends stärkere Bedeutung erlangte. Um den komplexeren Anforderungen gerecht werden zu können, fassten die Berner Regierung und die Universität eine Revision des Universitätsgesetzes ins Auge. Aber man schrieb das Jahr 1968: Die politischen Aktivitäten der Studierenden überrollten diese Bestrebungen. Weder die Pläne der von der Regierung eingesetzten Expertenkommission noch der später von der Verwaltung vorgelegte Entwurf waren erfolgreich. Ende 1982 scheiterte der Anlauf zu einer nun dringend gewordenen Teilrevision sogar am Referendum. Die Diskussionen über Sinn, Aufgabe und Ziel einer Universität, die Problematik der Nachwuchsförderung, die drohende Einführung eines Numerus clausus, den Ausbau der Universitätsleitung oder die Mitsprache der Studierenden und des Mittelbaus in den universitären Gremien blieben weit über das 150. Jubiläum der Universität von 1984 aktuell.

Erst 1989 erhielt die Universität ein minimal revidiertes Gesetz, welches vor allem eine Professionalisierung der Leitung brachte. Die Sparbemühungen der öffentlichen Hand setzen um die gleiche Zeit ein. Es folgten der Ruf nach Bundesgeldern und eine intensivere Suche nach Drittmitteln. An-

derseits wurden zusätzliche Aufgaben an die Universität herangetragen oder aus ihr heraus entwickelt. Der Ausdifferenzierung der Wissenschaften folgte ein steter Ausbau in allen Fakultäten, dem die entsprechende Entwicklung der Infrastruktur oft nachhinkte. Dem Konzept einer Stadtuniversität wurde aber seit Mitte der 80er Jahre klar Priorität vor einer Campuslösung gegeben. 1992, als fast 10'000 Studierende an der Hochschule eingeschrieben waren, verwirklichte sich mit dem Bezug der Unitobler ein wichtiges Element dieses Konzepts.

1997/98 trat endlich ein neues Universitätsgesetz in Kraft, welches der Universität Bern den Status einer autonomen Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit verlieh. Damit verfügte die Universität über einen Rahmen, der ihr ermöglichte, die zahlreichen Herausforderungen der nächsten Jahre anzugehen. Dazu gehört die Bologna Deklaration, die in der ganzen Schweiz sehr rasch umgesetzt wurde. Die Einführung von Bachelor- und Master-Programmen sowie Creditpoints veränderten die Studienstrukturen grundlegend. Fakultätsstrukturen wurden reorganisiert, und die Lehrerinnen- und Lehrerbildung in die neu gegründete PHBern ausgelagert. Im Rahmen vielfältiger Kooperationsbestrebungen mit andern Universitäten wurde 2003 etwa der Zusammenschluss der veterinärmedizinischen Fakultäten von Bern und Zürich beschlossen und auch die Zusammenarbeit mit dem Universitätsspital konnte mittels einer Leistungsvereinbarung auf ein solideres Fundament gestellt werden. Die Stadt- und Universitätsbibliothek wurde in die Universität integriert und die interne Steuerung der Universität den heutigen Erfordernissen angepasst. Und schliesslich legte der Senat der Universität mit seiner Strategie 2012 wichtige Wegmarken für die Zukunft fest mit dem prioritären Ziel, durch Bündelung gewisser Forschungsaktivitäten nachhaltig zur Profilierung der Universität beizutragen.

Die Universität heute

Heute sind an der Universität Bern gegen 14'000 Studierende eingeschrieben, gut die Hälfte davon Frauen und knapp 10 Prozent stammen aus dem Ausland. Das Jahresbudget beträgt ca. 650 Mio. CHF. Über 5500 Personen arbeiten hier, viele davon mit Teilzeitanstellungen. Die Universität belegt 278'827 m² Raum (6239 Räume) und ist organisatorisch in 8 Fakultäten mit 160 Instituten strukturiert; die Universität ist – kurz gesagt - ein ziemlich grosses und vor allem ein sehr komplexes Unternehmen. Man darf sich an dieser Stelle mit Fug die Frage stellen, was denn eigentlich die fundamentalen Ziele dieses Grossbetriebes sind.

Seit ihrer Gründung hat sich die Universität mit teils variablen, teils gleichbleibenden Zielkonflikten auseinanderzusetzen und sie steht in einem Spannungsfeld verschiedenster Ansprüche seitens der Gesellschaft. Das ist normal und gehört zum Wesen einer Universität. Die Gesellschaft ist dabei in erster Linie durch den Staat und die Wirtschaft vertreten.

Während sich der Kanton in Ausübung seiner Schulhoheit traditionellerweise vornehmlich für die Ausbildung interessiert – kantonale Bildungspolitik ist im wesentlichen Schulpolitik – und dabei tendenziell die Universität als eine Bildungsinstitution unter anderen ansieht, widmet sich der Bund vor allem der Forschungsförderung und tut dies mit einem gewissen Hang zur Technologieförderung. Politische Gremien erliegen häufig der Versuchung, die Universitäten als Instrumente ihrer oft nur auf kurze Frist angelegten Sozial- und Wirtschaftspolitik einzusetzen. Die Wirtschaft hingegen verlangt von den Universitäten, Absolventinnen und Absolventen hervorzubringen, die perfekt in ihre Unternehmensphilosophie passen, und wünscht sich zudem eine direkte Unterstützung im Bereich ihrer Innovationstätigkeit. Universitäten laufen so Gefahr, als Dienstleistungsunternehmen angesehen zu werden, die ihre «Kunden» – seien es Studierende, die Wirtschaft oder den Staat – mit unmittelbar marktfähigen Gütern versorgen sollen.

Die Universität muss solche Anliegen sicher ernst nehmen, und es gehört zu ihrem Grundauftrag, durch ihre vielfältige Expertise aktiv und beratend an der Lösung aktueller Probleme mitzuarbeiten. Dabei können durchaus auch wirtschaftlich direkt auswertbare Ergebnisse entstehen. Gerade die Universität Bern hat Wissens- und Technologietransfer stets und mit Erfolg als eine wichtige Aufgabe betrachtet und sie wird das verstärkt auch weiterhin tun.

Ich denke aber, dass die zentrale Aufgabe einer Universität nicht auf eine Dienstleistungsfunktion reduziert werden darf, sondern wesentlich weiter greifen muss. Als eine Werkstatt für Wissenschaft und Forschung soll sie in erster Linie mithelfen, die Gesellschaft zu informieren und zu orientieren. Sie soll Neues denken, Zukunftsperspektiven aufzeigen. Sie sollte – wie Jürgen Mittelstrass dies ausdrückt – das Haus der Zukunft sein. Darauf gründet sich der Wert, den Wissen schafft. Und darin unterscheidet sich die Universität auch von jeder anderen Bildungseinrichtung.

Jahrhundertelange Erfahrung lehrt uns, dass die Ideen, Methoden und Technologien, welche die Zukunft gestalten und bestimmen werden, weder vorhersehbar sind noch bestellt werden können. Der fundamentale Beitrag, welchen eine Universität für die Zukunft unserer Gesellschaft leisten kann und wofür sie auch befähigt und ausgestattet ist, besteht deshalb in der freien und kreativen Grundlagenforschung und in der Ausbildung wissenschaftlich gebildeter Menschen. Forschung wird an der Universität primär um der Erkenntnis und um des Verstehens willen betrieben: der Erkenntnis des Menschen, der Natur, der Gesellschaft, der Kultur. Die Beurteilung der Relevanz und der langfristigen Wirkung einer wissenschaftlichen Erkenntnis ist dabei selbst wieder ein wissenschaftlicher Prozess; es ist kein demokratischer Prozess und auch kein politischer Prozess im weiteren Sinn.

Die universitäre Lehre andererseits besteht nicht einfach im Unterrichten der Studierenden auf wissenschaftlicher Basis. Es geht hier um wesentlich mehr. Sicher sollen in der universitären Lehre

Wissen, methodisches und technisches Verständnis weitergegeben werden, in erster Linie soll sie allerdings Anleitung zum selbständigen wissenschaftlichen Umgang mit den Phänomenen und den Inhalten sein. Sie soll die Fähigkeit entwickeln helfen, zu verstehen, und vor allem bei den Studierenden den Willen entwickeln, das Verstehen zu suchen und Bestehendes zu hinterfragen. Sie lernen, selbständig Probleme und Fragestellungen zu identifizieren und diese durch rationale Argumentationen zu lösen. Durch eine Bildung, die den Studierenden all diese Aspekte wissenschaftlichen Tuns vermittelt, stellt die Universität sicher, der Gesellschaft Jahr für Jahr kompetente Absolventinnen und Absolventen zur Verfügung stellen zu können. Sie unterstützt mit diesem Wissens- und Kompetenztransfer den technischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt und stimuliert damit entscheidend die Vitalität unserer Gesellschaft.

Aktivitäten und Ergebnisse der Naturwissenschaften und der Medizin werden in der Öffentlichkeit oft stärker beachtet als diejenigen der Geistes- und Sozialwissenschaften, obschon gerade diese Bereiche sich mit Themen befassen, die für die Entwicklung einer Gesellschaft von eminenter Bedeutung sind. So sind beispielsweise Antworten auf die Frage, warum und wie wir uns als Individuen, Gruppen und Kulturen voneinander unterscheiden oder einander gleichen heute, wo in Folge der Globalisierung einst voneinander entfernte Kulturen zusammengedrückt sind, enorm wichtig für die Stabilität der Gesellschaften. Die von den Sozial- und Geisteswissenschaften getragene Wertedebatte ist entscheidend im Zusammenhang mit der Feststellung, dass der moralische, der soziale und der politische Fortschritt nicht mit den Errungenschaften der modernen Welt Schritt gehalten haben. Sie ist dies auch im Hinblick auf die Forderung, dass jede Forschungstätigkeit eine reflektierte, von Respekt getragene ethisch fundierte Verantwortung gegenüber Mensch und Natur impliziert, eine Forderung, die angesichts der Risiken moderner Technologien von höchster Brisanz ist.

Moderne Gesellschaften hängen von der gesamten Breite und Vernetzung des Wissens ab und nicht nur von einigen wenigen Fachbereichen. Neue Ideen entstehen heute vermehrt im Grenzbereich verschiedener Disziplinen, und nur eine Universität, welche der disziplinären Vielfalt Raum bietet, also eine sogenannte Volluniversität, ist in der Lage, die Herausforderung der inter- und transdisziplinären Forschung anzunehmen.

Zukunftsperspektiven

Die Universität Bern ist heute national und international gut, in gewissen Bereichen sogar hervorragend positioniert. Diese Feststellung ist allerdings wenig hilfreich, wenn es darum geht, ihre Zukunftsperspektiven abzuschätzen. Um weiterhin international eine wichtige und anerkannte Rolle spielen zu können, muss sich die Universität überdurchschnittlich anstrengen. Ich bin überzeugt davon, dass sie das kann: Weil sie über hervorragende Dozierende und Forschende verfügt, weil sie sich eines ständigen Zustroms hoch motivierter Studierender erfreut, und weil ich daran glaube,

dass die Gesellschaft, die uns bisher unterstützt und getragen hat, dies auch in Zukunft tun wird. Ein paar Voraussetzungen sind allerdings notwendig, um dieses Potential ausschöpfen und die kommenden Herausforderungen angehen zu können. Lassen Sie mich drei davon herausgreifen.

Die Universität darf sich nicht selber im Wege stehen. Sie muss bereit sein, sich ununterbrochen aus sich heraus zu erneuern und zu verbessern, sie muss akzeptieren, dass man nicht ständig Neues schaffen kann, ohne Überholtes aufzugeben. Sie darf nicht zu einer Sammelstelle für ECTS-Punkte verkommen und muss sich bewusst sein, dass all die Indikatoren wie zum Beispiel Drittmiteinkünfte, Impactfaktoren, Rankingpositionen, Absolventenquoten oder Anzahl eingereicherter Patente zwar einen Legitimationswert haben können, letztlich aber doch oberflächlich sind und wesentliche Dimensionen der Universität nicht erfassen. Sie dürfen daher nicht allein bestimmend sein für ihre Aktivitäten, in deren Zentrum Eigenverantwortung, echte Kreativität, Innovationsfähigkeit und wissenschaftliche Tiefe stehen müssen.

Das Umfeld im Bildungsbereich muss stimmen. Wir hatten in der Schweiz bisher ein erfolgreiches und gut austariertes duales Bildungssystem. Auf der Tertiärstufe äussert sich dies beispielsweise durch die Tatsache, dass wir Universitäten und Fachhochschulen, seit einigen Jahren auch Pädagogische Hochschulen, betreiben. Diese Institutionen richten sich an Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen und Plänen, verfolgen verschiedene Ziele und decken nur selten die gleichen Fachgebiete ab. Während Fachhochschulen zur Fortsetzung einer Berufsausbildung dienen und sich an den Bedürfnissen insbesondere der Wirtschaft orientieren, ist ein Universitätsstudium nur in seltenen Fällen auf einen bestimmten Beruf ausgerichtet. Allerdings wurde seit der Gründung der Fachhochschulen, welche «gleichwertig aber andersartig» als die Universitäten sein sollen, unter gütiger Mithilfe einer oberflächlichen Bolognareform, in erster Linie die Gleichwertigkeit thematisiert. Es wäre nun langsam an der Zeit, mit Überzeugung die Andersartigkeit in den Vordergrund zu rücken: Ein tertiärer Bildungseintopf, in dem die spezifischen Profile verloren gehen, ist für alle Akteure kontraproduktiv. Der Kanton Bern braucht weder zwei Universitäten noch zwei Fachhochschulen, sondern eine gute Universität und eine gute Fachhochschule mit klar unterschiedlichen, sich ergänzenden Missionen.

Das Verhältnis zwischen Staat und Universität muss stimmen. Dieses Verhältnis ist seit jeher ambivalent. Einerseits soll die Universität der Gesellschaft Orientierungshilfe und Wegweiser sein und andererseits will der Staat Einfluss auf die Universität nehmen. Er erklärt sie zur autonomen Institution und toleriert trotzdem externes Mikromanagement. Ich denke, das Verhältnis Universität – Staat wäre entkrampfter, wenn man sich über eine klare Rollenverteilung einigen könnte. Eine staatliche Universität braucht eine politische Steuerung, d. h. klar formulierte allgemeine Vorgaben und Zielsetzungen sowie verbindliche Rahmenbedingungen, sie muss zudem auf transparente Weise Rechenschaft ablegen über ihre Tätigkeit. Als autonome Institution wird sie allerdings nicht

akzeptieren dürfen, sich inhaltlich oder in der Art und Weise der Zielerreichung, d. h. strategisch, extern steuern zu lassen. Auch Begriffe wie «Autonomie» oder «Strategie» sind nicht beliebig interpretier- und dehnbar. Strategische Führung darf nicht mit politischer Steuerung verwechselt werden und Autonomie wird fragwürdig, wenn sie auf den operativen Bereich eingeschränkt wird. Die politische Steuerung der Universität ist klar Sache der politischen Instanzen. Ebenso klar ist aber, dass die Führung der Universität, auch die strategische, Sache der Organe dieser Universität sein muss.

Der Kanton Bern braucht eine starke, international kompetitive und dynamische Universität: Als wissenschaftliches Zentrum, als Ausbildungsstätte für hochqualifizierte Menschen, als Denkplatz, als Standortfaktor par excellence. Aber allein kann sie dies nicht bewerkstelligen, es braucht das dezidierte und substantielle Engagement aller Partner, es braucht den Willen, prioritär in die Zukunft investieren zu wollen. Falls wir gemeinsam an diesem Haus der Zukunft weiterbauen, dürfen wir den kommenden 175 Jahren mit Zuversicht entgegenblicken.